

237 / 11. Mai 2006

"Eine schlechte Entscheidung"

Bestürzung über Entscheidung von Beusts zum Veddeler Wasserkreuz

Mit Bestürzung hat die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Dorothee Stapelfeldt, auf die Entscheidung des Ersten Bürgermeisters reagiert, die Niedernfelder Durchfahrt durch die Aufschüttung von Dämmen zu schließen und damit das Ende der historischen Brücken am Veddeler Wasserkreuz zu besiegeln.

"Das ist eine schlechte Entscheidung. Über viele Jahre haben sich verschiedene Institutionen, darunter die Handelskammer, der Hafenschiffverkehrsverband und die Stiftung Maritim für den Erhalt der Wasserstraßen und der dazugehörigen Brücken eingesetzt. Die teilweise Zuschüttung des Veddeler Wasserkreuzes wäre schlimm für die wasserseitige Anbindung des Auswanderermuseums Ballinstadt und anderer maritimer Kultureinrichtungen. Auch die zukünftige Stadt- und Verkehrswegeentwicklung in diesem Teil des Hamburger Hafens würde durch diese Entscheidung langfristig negativ beeinflusst werden", sagte Stapelfeldt.

Die Veddeler SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Carola Veit sprach von "Planungschaos". So habe der Senat 3,5 Millionen für die Ballinstadt und einen Anleger eingeplant, es gebe Pläne für eine schwimmende Jugendherberge - "und jetzt eine Entscheidung, die das alles konterkariert".

"Das Kostenargument lassen wir nicht gelten", sagten Stapelfeldt und Veit. "Hier werden historische Brückenbauwerke zerstört und Werte vernichtet, die unwiederbringlich sind. Sollte die CDU-Bürgerschaftsfraktion diese unsinnige Senatsentscheidung absegnen, nimmt die Attraktivität dieses historischen Ortes großen Schaden", mahnten die SPD-Parlamentarierinnen. "Wir fordern die CDU-Fraktion auf, ihrer - auch öffentlich bekundeten - sachlichen Auffassung zu folgen und für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen." Für die Ballinstadt sollen die erforderlichen neuen Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm kommen. Die SPD-Fraktion hatte gefordert, aus diesem Topf auch den Erhalt der Brücken zu finanzieren. Das "SIP" sei schließlich eigens dafür geschaffen worden, die Attraktivität Hamburgs zu erhalten und - wenn möglich - zu steigern.